

PERSPEKTIVE

Zeitung für Solidarität und Widerstand

Monatlich gedruckt
& täglich unter:
perspektive-online.net

LGBTI+ Befreiung heißt Kapitalismus abschaffen!

Gesellschaftlicher Fortschritt braucht organisierten Widerstand. Die Geschichte von LGBTI+ Rechten ist einer von vielen Beweisen dafür. Wirklich sicher sind sie aber erst in einem grundsätzlich anderen System. - Ein Kommentar von Nadia Schuhmann.

Im Jahr 1969 in New York stürmte die Polizei in der Nacht des 27. Juni das Stonewall Inn. Eine Kneipe, die ein Treffpunkt für LGBTI+ Personen war und deswegen immer wieder Repressionen und Schikanen durch die Polizei ausgesetzt war. Dieses Mal wehrten sich die Menschen gegen das Eindringen der Polizei. Aber der Widerstand beschränkte sich nicht auf das Stonewall Inn. Die Aufstände breiteten sich aus auf die Straßen New Yorks. Die Ereignisse stehen für den widerständigen Kampf der LGBTI+ Bewegung. Die heutigen CSDs haben darin ihren Ursprung, auch wenn sie nicht mehr viel mit der kämpferischen Geschichte zu tun haben.

Und das, obwohl das Thema der Unterdrückung von homosexuellen, trans und nicht-binären Personen

nichts von seiner Aktualität eingebüßt hat. Über die Jahrzehnte konnten in einigen Ländern verschiedene Reformen und Rechte erkämpft werden. Sämtliche Reformen im kapitalistischen System kommen aber mit einem potentiellen Ablaufdatum. Sie können auch wieder zurück genommen werden und mit dem gesellschaftlichen Rechtsruck geraten erkämpfte Rechte wieder zunehmend in Gefahr.

Zwischen Repressionen und Widerstand

Die Geschichte der LGBTI+ Bewegung war immer geprägt von Widerstand. Widerstand gegen die Ausgrenzung, die Stigmatisierung, die Gewalt. Nur durch Bitten und freundliche Appelle an ein System, das für einen keinen Platz vorgesehen hat,

in dessen vorgefertigte Rollen man nicht passt, hat sich nichts geändert, und wird es auch zukünftig nicht. Rechte wurden erkämpft. Aber können wir dabei stehen bleiben, wenn, wie bereits festgestellt, die im Kapitalismus erkämpften Rechte auch wieder zurück genommen werden können, sobald sie für das Kapital nicht mehr dienlich sind?

Der Widerstand gegen die Repressionen und Angriffe des patriarchalen kapitalistischen Systems reicht nicht aus. Wenn innerhalb des Systems keine sichere, dauerhafte Verbesserung und tatsächliche Befreiung erreicht werden kann, dann stimmt etwas mit dem System an sich nicht.

> Weiter auf Seite 2

AfD vor Einzug in Landesregierungen?

Anfang Juli hält die AfD ihren Parteitag in Erfurt ab. Die Partei könnte dieses Jahr bei zwei Landtagswahlen stärkste Kraft werden und bereitet sich auf die Beteiligung an Regierungen vor. Antifaschistische Kräfte mobilisieren breit gegen den Parteitag. > Seite 3

Widerstand gegen die Kriegstrommelei

Zum zweiten Mal findet am 15. Juni der Veteranentag mit dutzenden Veranstaltungen in ganz Deutschland statt. Das Ziel: Wieder eine „Veteranenkultur“ aufbauen. Dagegen wächst der Widerstand der Jugend. > Seite 6

Mehr Überwachung? Sicher nicht!

Verhaltensscanner, KI-gestützte Gesichtserkennung, automatisierte Datenanalysen: Deutschland rüstet auch im Inneren auf. In den Protesten gegen den Ausbau der Überwachung kommt es vor allem darauf an, den Charakter des Staates offenzulegen. > Seite 7

WM: Fußball für Konzerne und reaktionäre Staaten

Die nächste Fußball-WM der Männer steht vor der Tür. Und wie fast immer bei großen Turnieren gilt: Nächste WM, nächste Regierung, die Menschenrechte eher als Hindernis betrachtet und Konzerne, die davon profitieren. > Seite 8

„Der richtige Moment, um auf die Straße zu gehen!“

Die Merz-Regierung plant eine Kürzung nach der nächsten: Verschärfungen bei den Sozialausgaben für Arbeitslose sind bereits auf den Weg gebracht. Der Achtstundentag soll abgeschafft werden. Massive Einsparungen im Gesundheitsbereich stehen ebenfalls kurz bevor. Und weitere Angriffe auf den Sozialstaat sind

schon in Vorbereitung. Unterdessen formiert sich in Deutschland Protest. Unter dem Namen „Nicht auf unserem Rücken“ ruft eine Kampagne zu Widerstand auf. Startschuss soll eine Aktionswoche gegen die Kürzungen im Juni sein. Warum genau jetzt der richtige Moment ist, aktiv zu werden, erklären die Mitinitiator:innen Melina

Alsar und Toni Bernardi im Interview mit Perspektive Online. Sie schätzen die aktuelle politische Lage ein, sprechen über verschiedene Möglichkeiten, gegen den Sozialabbau aktiv zu werden und ihre Haltungen zu den Aktionen von Linkspartei und Gewerkschaften.

> Seiten 4 - 5



Wenn das Beste, was wir im Kapitalismus gewinnen können, die Duldung von trans und nicht-binären Menschen in ein paar Ländern ist, während weiterhin in anderen Staaten auf Homosexualität die Todesstrafe steht und auch dort, wo Homosexualität und Transgeschlechtlichkeit geduldet wird die Gewalt gegen sie trotzdem ansteigt, dann ist es keine Befreiung. Es sind auch nicht nur Faschist:innen die vorhaben, Rechte von LGBTI+ Personen wieder zu revidieren, um traditionell patriarchale Rollen- und Familienbilder zu stärken. In Zeiten von Rechtsentwicklung wird Homo- und Transfeindlichkeit zur Option für alle bürgerlichen politischen Kräfte.

Rechte und faschistische Angriffe

Dass sich durch den gesellschaftlichen Rechtsruck die Lage für LGBTI+ Personen auch in Deutschland wieder verschlechtert ist bereits Realität und absehbar ist, dass sich die Situation gesamtgesellschaftlich noch weiter zuspitzen wird. In den letzten Jahren haben faschistische Jugendorganisationen angefangen, CSDs Gewalt anzudrohen oder diese anzugreifen. Auch wenn man einen Blick in das Parteiprogramm der AfD wirft wird deutlich, dass LGBTI+ Personen dort zum Feind verklärt werden. Und die reaktionäre Agitation zeigt auch Wirkung. Auch wenn im internationalen Durchschnitt die Lage für LGBTI+ Personen in Deutschland gerade besser ist als an vielen anderen Orten auf der Welt, beginnt auch hier die Akzeptanz wieder zu sinken.

In Deutschland trat 2024 das sogenannte Selbstbestimmungsgesetz in Kraft, was insoweit ein Fortschritt war, dass es Personen ermöglicht ihren Namen und Geschlechtseintrag deutlich einfacher zu ändern, als es davor der Fall war. In anderen Aspekten ist die rechtliche Lage für trans Personen aber nach wie vor schwierig. Beispielsweise was Hormontherapien und weitere geschlechtsangleichende Maßnahmen angeht.

Unsichere Behandlung und Versorgung

Operationen bei trans Personen gelten nach einem Urteil des Bundessozialgerichts von Oktober 2023 als sogenannte „neue Untersuchungs- und Behandlungsmethoden“. Das bedeutet, dass sie grundsätzlich erst einmal nicht von der Krankenkasse übernommen werden, sondern der Gemeinsame Bundesausschuss darüber entscheiden muss, ob eine Leistung von der Krankenversicherung übernommen wird oder nicht. Und in Bezug auf geschlechtsangleichende Behandlungen und Operationen wurde bisher keine klare Regelung

dazu festgelegt. Es kann sein, dass Krankenkassen Leistungen dieser Art übernehmen, bisher ist die Lage aber vor allem unsicher. Das führt auch immer wieder zu Fällen, in denen Krankenkassen Wirtschaftlichkeitsprüfungen durchführen und dann bereits gezahlte Behandlungskosten von Ärzt:innen zurückfordern.

Solche Szenarien können dann für Ärzt:innen natürlich auch einen Grund darstellen, Behandlungen gar nicht erst durchzuführen, was bedeutet dass die medizinische Versorgung von trans Personen stark darunter leiden kann. Ob überhaupt und in welchem Umfang geschlechtsangleichende Behandlungen und Operationen gewährt werden, bleibt im Endeffekt vor allem eine politische Entscheidung. Fraglich bleibt auch, ob es hier bald eine Veränderung geben wird. Die aktuell beschlossenen Kürzungen und Ausgabenreduzierungen bei den gesetzlichen Krankenkassen, die in verschiedenen Bereichen zum Wegfallen von Leistungen führen werden, lassen nicht unbedingt darauf hoffen.

Auch hier zeigt sich, wie ein profitorientiertes Gesundheitssystem, was ein Widerspruch in sich ist, Wirtschaftlichkeit letztlich an erste Stelle stellt. Eine Gesundheitsversorgung die in erster Linie am Wohlergehen der Menschen orientiert ist und nicht an seiner Profitabilität wäre im Sozialismus möglich, im Kapitalismus jedoch nicht.

Internationale Entwicklungen

International ist die Lage für LGBTI+ Personen in verschiedenen Ländern sehr unterschiedlich. Während es hier und dort durchaus immer mal wieder verschiedene Fortschritte gibt. Zum Beispiel wurde in Polen wurde kürzlich erstmals die gleichgeschlechtliche Ehe von zwei Männern anerkannt, die 2018 in Berlin in Deutschland geheiratet hatten, da dies in Polen selbst nicht möglich ist. Es bleibt abzuwarten, ob auf diese Entscheidung eine allgemeine Reform bezüglich der Anerkennung homosexueller Partnerschaften und Ehen folgen wird.

Insgesamt ist aber weltweit in vielen Ländern zu beobachten, dass mehr rechte oder konservative Kräfte die Regierungen stellen, was einer Verbesserung der Rechte von LGBTI+ Personen auf juristischer Ebene entgegensteht. In etwa zwölf Ländern weltweit steht weiterhin eine mögliche Todesstrafe auf Homosexualität, in Uganda wurde dies erst 2023 beschlossen.

Und in ca. 65 Ländern steht Homosexualität selbst unter Strafe. In wenigen Ausnahmen, wie z. B. Indonesien sind gleichgeschlechtliche Beziehungen über andere Gesetze faktisch verboten. In Indonesien wurde Anfang des Jahres außerehelicher Sex verboten. Und da es für gleichgeschlechtliche Paare keine Möglichkeit gibt zu heiraten, ist es für sie damit verboten

intime Beziehungen einzugehen.

In Japan prüft das oberste Gericht aktuell die Gesetzeslage rund um das Thema gleichgeschlechtliche Ehe, um dann eine juristische Entscheidung zu treffen. Bisher ist diese dort aber nach wie vor verboten.

Und auch beispielsweise in den USA hat die Trump Regierung per Dekret festgelegt, dass nur noch die Geschlechter männlich und weiblich anerkannt werden. Und viele Projekte und Reformen, die gegen die Unterdrückung von LGBTI+ Personen vorgehen sollten, wurden gestrichen. Hier sehen wir also anhand eines konkreten Beispiels, dass erkämpfte Reformen im Kapitalismus unsicher sind.

Auch in Deutschland wurde das 2024 erlassene Selbstbestimmungsgesetz von der Merz-Regierung immer wieder kritisch diskutiert. Die Zugeständnisse die gemacht werden geraten einhergehend mit dem gesellschaftlichen Rechtsruck schnell wieder in Verruf. Auch hier sollten wir uns also darauf einstellen, unsere Rechte früher oder später verteidigen zu müssen.

Keine Befreiung in diesem System

Sowohl die faschistischen Angriffe, sei es auf den Straßen oder in den Parlamenten, als auch die bürgerliche Politik sind Teil des kapitalistischen und patriarchalen Systems. Innerhalb dessen wird mit Zuckerbrot und Peitsche gehandelt, Zugeständnisse können gemacht und dann wieder angegriffen und entzogen werden. Und wenn, wie aktuell, die faschistische Bewegung wieder stärker wird und dadurch auch die Gefahr für LGBTI+ Personen Gewalt oder Angriffe zu erleben ansteigt, ist das keine Fehlentwicklung in einem eigentlich demokratischen System. Sondern die faschistische Bewegung gehört genauso zum kapitalistischen Staat wie die Grünen oder die CDU.

Aber gerade das verdeutlicht für uns, warum wir nicht dabei stehen bleiben dürfen, innerhalb von Kapitalismus und Patriarchat um jedes kleine Stück Brot zu kämpfen, das uns vielleicht zugeworfen wird. In diesem System wird es keine Befreiung geben. Die einzige langfristige Lösung ist es, Patriarchat und Kapitalismus organisiert zu bekämpfen und in einer sozialistischen Gesellschaft selbst über unsere Rechte entscheiden zu können.



Quinn Dombrowski from Berkeley, USA ([https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Stonewall_was_a_riot_\(27317144293\).jpg](https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Stonewall_was_a_riot_(27317144293).jpg)), „Stonewall was a riot (27317144293)“, <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/2.0/legalcode>

Bundesparteitag in Erfurt: AfD vor Einzug in Regierungen?

PantheraLeo1359531 (https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Björn_Höcke_spricht_in_Mödlareuth_20191011_034.jpg), <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/legalcode>



Anfang Juli hält die AfD ihren Parteitag in Erfurt ab. Die Partei könnte dieses Jahr bei zwei Landtagswahlen stärkste Kraft werden und bereitet sich auf die Beteiligung an Regierungen vor. Antifaschistische Kräfte mobilisieren breit gegen den Parteitag. - Ein Kommentar von Thomas Stark.

Vom touristischen Geheimtipp zur Protesthochburg? Eine der maleisichsten Städte Deutschlands dürfte Anfang Juli zum Schauplatz des antifaschistischen Kampfes werden. Am 4. und 5. Juli wird die Alternative für Deutschland (AfD) ihren Bundesparteitag in Erfurt abhalten – wenn auch auf dem Messegelände, weitab vom mittelalterlichen Flair des Stadtkerns. Das Aktionsbündnis „Widersetzen“ hat bereits angekündigt, seinem Namen an diesem Wochenende rund um den Veranstaltungsort gerecht zu werden: „Was die AfD für Deutschland will, können wir in den USA schon sehen: ICE-Terror in den Städten, Massenabschiebungen. Das nehmen wir nicht hin“, heißt es auf der Homepage des Bündnisses.

Vorsprung in Umfragen

Die AfD hat für dieses Jahr große Pläne. Nach ihren Wahlerfolgen in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz will sie im September auch bei den Landtagswahlen in Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern sowie den Abgeordnetenhauswahlen in Berlin abräumen. In der Hauptstadt liegt sie laut Umfragen von Mitte Mai mit 18 Prozent etwa gleichauf mit CDU, Linken und Grünen. In Mecklenburg-Vorpommern (34 Prozent) und Sachsen-Anhalt (41 Prozent) könnte sie sogar stärkste Kraft werden. In diesem Fall würde auch der Druck auf die anderen Parteien wachsen, mit dem Sammelbecken aus Neofaschist:innen, Nationalist:innen und Konservativ-Libertären zusammenzuarbeiten. Dies gilt besonders für die CDU.

Auf die Frage, ob es irgendjemanden in der CDU gebe, der die „Brandmauer“ einreißen würde, habe AfD-Chefin Alice Weidel geschmunzelt, schrieb Anfang Mai das rechte On-

linemedium Nius: „Wenn ich Namen nenne, würde ich diesen Kandidaten mit Gewissheit in die Luft sprengen“, habe Weidel hinterhergeschoben. Sie sei aber immer bereit, zu reden. Und in der CDU wisse man, „dass das Angebot steht“.

Auf dem Weg in die Regierung?

Schon längst schiebt die Parteiführung um Weidel und Tino Chrupalla dabei auch auf den Bund. Die Bundesregierung aus Union und SPD gilt spätestens seit einem Eklat beim Koalitionsgipfel im April als angeschlagen. Bundeskanzler Friedrich Merz steht parteiintern unter Druck, weil er der SPD nach Meinung konservativer Kreise zu stark entgegenkommt. Beim DGB-Kongress im Mai wurde der Kanzler trotzdem ausgebuht. Schlechte Wahlergebnisse und Umfragen für die Regierungsparteien tun ihr Übriges. Nius-Gründer und Ex-Bild-Chefredakteur Julian Reichelt sieht Neuwahlen heraufziehen, warnt dabei vor der „militanten Antifa auf den Straßen“ und spielt Alice Weidel den Ball zu. „Nur eine Mitte-Rechts-Regierung kann Deutschland retten“, erklärt diese.

In der Tat hätten Union und AfD im aktuellen Bundestag eine deutliche Mehrheit. Dass Friedrich Merz die Koalition mit der SPD aufkündigt und eine Regierung mit der AfD eingeht, gilt jedoch als ausgeschlossen. Ein Sturz von Merz durch einen Konservativen wie Jens Spahn als Schritt in Richtung „Schwarz-Blau“ ist wiederum durchaus denkbar. Realistisch würde es aber erst dann, wenn die AfD auf Landesebene Regierungserfahrung vorweisen kann. Deshalb sind die Wahlen im Osten dieses Jahr so zentral für die Partei.

Rechtsruck in Erfurt?

Die AfD betont seit längerem, dass sie an ihrer „Professionalisierung“ arbeite. Der Skandal um die Beschäftigung von Familienangehörigen durch AfD-Mandatsträger:innen war deshalb Anfang des Jahres ein Rückschlag. Ausgerechnet der völkische Flügel um den Thüringer Parteichef Björn Höcke könnte dies ausnutzen, um seine Position in der Partei weiter auszubauen. Rund um die Affäre drängten Höcke und sein Umfeld demonstrativ zur Seriosität: „Unsere Leute können die erste Strophe des Deutschlandlieds grunzen, das interessiert niemanden mehr. Aber bei dieser Art von Vetternwirtschaft ist die Gefahr groß, dass sich Wähler angewidert abwenden“, äußerte ein Vertrauter Höckes laut dem Onlinemagazin Krautreporter.

Es wird erwartet, dass die Thüringer „Völkischen“ in Erfurt darauf drängen, politisch nahestehende Vertreter im Bundesvorstand zu platzieren. Im Gespräch ist etwa ein Vertreter der Jugendorganisation „Generation Deutschland“ wie deren Vorsitzender Jean-Pascal Hohm. Der Thüringer AfD-Bundestagsabgeordnete Stefan Möller erwägt der Welt zufolge ebenfalls eine Kandidatur. Er ist im Thüringer Landesverband der Co-Chef neben Björn Höcke. Denkbar ist auch, dass Höcke selbst für den Bundesvorstand kandidiert. Dies würde zwar den politischen Preis für die CDU weiter in die Höhe treiben, ein Bündnis mit der AfD einzugehen.

Die Radikalisierung könnte letzterer im Osten aber durchaus nützen: Bei der Thüringer Landtagswahl im September 2024 wurde die Höcke-AfD mit 32,8 Prozent stärkste Kraft. Die CDU konnte sie nur durch ein Bündnis mit BSW und SPD aus der

Landesregierung halten, das sich bei wichtigen Parlamentsabstimmungen zudem mit der Linken abstimmen muss. Geht es in Sachsen-Anhalt oder Meck-Pomm in dieser Richtung weiter, könnte dies die CDU zerreißen. Die CDU zu spalten und als führende politische Kraft in der BRD abzulösen ist für die AfD aber ein zentrales strategisches Ziel auf dem Weg zu einer Umgestaltung des Staates. Das hat auch Friedrich Merz längst erkannt.

Antifaschismus vor Höckes Haustür

Vor diesem politischen Hintergrund findet der Bundesparteitag der AfD in Erfurt exakt hundert Jahre nach dem ersten NSDAP-Reichsparteitag in Weimar statt, das nur 30 Kilometer von Erfurt entfernt liegt. Die Symbolik dürfte kein Zufall sein und gerade Björn Höcke in die Hände spielen, der in Erfurt einer der Hauptredner sein wird.

In Thüringen gibt es aber nicht nur die faschistische Bewegung. In der jüngeren Vergangenheit demonstrierten im Rahmen der bundesweiten antifaschistischen Bewegung im Januar 2024 10.000 Menschen vor dem Erfurter Dom. Im gleichen Jahr kam es zu Protesten und Blockaden gegen den AfD-Parteitag in Essen.

Zwar wird der Kampf gegen den Faschismus nicht allein in Erfurt entschieden, sondern erfordert eine kontinuierliche Arbeit antifaschistischer Kräfte in Betrieben, Schulen, Universitäten und Stadtteilen in ganz Deutschland. Das erste Juliwochenende ist aber eine hervorragende Gelegenheit für Antifaschist:innen, die Welterbe-Stadt gegen Reaktion und Barbarei zu verteidigen und für die Seite des Fortschritts zu reklamieren.

„Jetzt ist der richtige Moment“

Während die Merz-Regierung weitere Angriffe auf den Sozialstaat vorbereitet, formiert sich in Deutschland Protest. Unter anderem sind die Kürzungen im Juni sein. Warum genau jetzt der richtige Moment ist, aktiv zu werden, erklären die Mitinitiator:innen Melina und Toni.

Was hat es mit dem Namen „Nicht auf unserem Rücken“ auf sich?

Melina: Mit „Nicht auf unserem Rücken“ drücken wir aus, dass wir nicht mehr diejenigen sein wollen, auf die die ganze Last abgewälzt wird. Das galt damals während der Corona-Pandemie, als auf einmal viele Maßnahmen verhängt wurden, die uns einfache Menschen ganz besonders eingeschränkt haben. Und das gilt auch heute, wo weiterhin wir es sind, die den Preis für die schlechte wirtschaftliche Lage in Deutschland bezahlen sollen.

Toni: Ja, viele kennen ja die Redewendungen „buckeln“ oder „sich krumm machen“ – genau das ist ja die Rolle, die wir Arbeiter:innen in einem kapitalistischen Land wie Deutschland haben. Wir sollen uns krumm machen, damit es den Reichen gut geht – und das wollen wir eben nicht hinnehmen.

Ihr habt gerade die Corona-Pandemie erwähnt. Das heißt, „Nicht auf unserem Rücken“ gibt es schon länger?

Melina: Ja, genau so ist es. Einige von uns, die heute auch noch aktiv sind, waren schon im Frühjahr 2020 der Meinung, dass wir etwas tun müssen und haben „Nicht auf unserem Rücken“ ins Leben gerufen. Damals ging es vor allem darum, dass die Folgen der Wirtschaftskrise und der Corona-Pandemie auf uns abgeladen wurden. Wir haben damals zum Beispiel von Beginn der Pandemie an gefordert, dass der Staat keine Geschenke an die Großkonzerne verteilen soll, sondern dass zum Beispiel Schüler:innen einen kostenlosen Zugang zu Laptops erhalten sollen und dass sofort mehr Plätze in Frauenhäusern bereitgestellt werden müssen, um Frauen vor steigender patriarchaler Gewalt während der Isolation zu schützen.

Toni: Ich war 2020 noch nicht dabei, aber habe mich dann 2022 nach dem Angriff Russlands auf die Ukraine bei „Nicht auf unserem Rücken“ enga-

giert. Damals mussten wir den Preis für den Krieg zahlen. Ein Päckchen Butter hat damals zum Beispiel auf einmal über drei Euro gekostet. Auch die Energiekosten gingen an die Decke, weil wegen des Krieges und der veränderten Lage Deutschland kein Gas mehr aus Russland bezog. Aus der CDU hieß es damals einfach nur, die Leute sollen nicht jammern und sich halt mal ein paar Pullover mehr anziehen. Für viele war das damals, so wie für mich, ein Grund auf die Straße zu gehen.

Wieso habt ihr euch gerade jetzt dazu entschlossen, die Losung wieder neu zu beleben?

Toni: Die kurze Antwort ist: weil es immer noch notwendig ist. Es gibt heute viele Parallelen zur Situation 2022 und 2020...

Melina: ...Zum Beispiel allein in den letzten Monaten die Teuerungen bei den Spritpreisen, die durch den Angriff der USA auf den Iran verursacht wurden. Wieder ein Krieg, der für die Machtinteressen eines imperialistischen Staates geführt wird, wieder sind wir es, die den Preis dafür zahlen, während sich Mineralölkonzerne sogar an der ganzen Situation bereichern und Gewinne eingestrichen haben. Da hilft es auch nur wenig, dass uns die Merz-Regierung für die Dauer von zwei Monaten einen kleinen Tankrabbat gewährt hat.

Toni: Dieses Beispiel steht eigentlich bildlich für die gesamte Politik der Regierung aktuell. Die deutsche Wirtschaft kommt seit 2019 nicht hoch und stagniert. Deutschland muss extrem viel Geld in den Umbau der Wirtschaft und der ganzen Infrastruktur pumpen, damit die deutschen Konzerne überhaupt noch international konkurrenzfähig sind. Wer zahlt dafür? Wir Arbeiter:innen. Und zwar indem wir systematisch dazu erpresst werden, immer mehr zu arbeiten und weniger Lohn zu akzeptieren – wir sollen einfach billiger werden, damit die deutschen Konzerne weiter ihren Profit machen können.

Ihr spielt damit ja auch auf das Ende des Achtstundentag an, welches die Regierung gerade in Angriff nimmt. Oft heißt es ja von Merz, Klingbeil und anderen Politiker:innen, dass ein flexiblerer Arbeitstag zum Vorteil der Arbeiter:innen ist.

Melina: Das ist tatsächlich einfach eine Lüge, mit der wir ruhig gestellt werden sollen. Es geht ja nicht um flexible Arbeitszeiten und darum, dass ich mal eine Stunde später in den Betrieb oder ins Büro kommen kann oder ich mal im Homeoffice eine Pause einlege und das später nacharbeite. Sondern es geht darum, dass wir mehr arbeiten sollen. Es geht darum, dass wir nicht mehr nach acht Stunden Arbeit sagen können: So, gesetzlich steht mir jetzt eine Ruhezeit von mindestens elf Stunden zu.

Toni: Der Achtstundentag ist ja eine historische Errungenschaft, die die Arbeiter:innenbewegung gegen die Kapitalist:innen vor mehr als 100 Jahren durchgesetzt hat. Allein deswegen ist der Angriff darauf durch die CDU-SPD-Regierung historisch, da helfen auch die schönen Worte nichts.

Ähnlich verhält es sich ja mit den Reformen, die derzeit von der Regierung umgesetzt werden. Was steckt da dahinter?

Melina: Reform, das soll nach Verbesserung und Erneuerung klingen. Aber besser wird die Lage nur für die Reichen und neu ist vor allem die Tragweite der Angriffe, die die Regierung gerade fährt. Merz hat ja vor einem Jahr klipp und klar gesagt, dass „wir“ uns den Sozialstaat nicht mehr leisten können. Mit „wir“ meint er vor allem den deutschen Staat selbst. Und die Rechnung dahinter ist eigentlich ganz einfach: Das Geld, was vorher unserer Gesundheit, unserer Bildung, unserem Sozialwesen zugute kam, wir jetzt für anderes gebraucht.

Toni: Seitdem Olaf Scholz direkt nach dem Ausbruch des Kriegs in der Ukraine die Zeitenwende ausgerufen hat, arbeitet Deutschland daran, sich auf weitere große Kriege vorzubereiten. Merz und Pistorius wollen die Bundeswehr zur stärksten konventionellen Armee Europas machen. 2025 wurde durch eine Grundgesetzänderung ermöglicht, in den nächsten Jahren jährlich hunderte Milliarden für das deutsche Militär und den Umbau der wirtschaftlichen Infrastruktur gemäß der sich verschärfenden internationalen Lage und der immer aggressiver ausgetragenen Konkurrenz zwischen den imperialistischen Großmächten bereitzustellen. Wo soll das Geld denn herkommen, wenn nicht auch aus Ausgaben, die Deutschland für Gesundheit, Bildung und Soziales ausgibt?

Melina: Die Zahlen sprechen da gerade eine eindeutige Sprache. Einerseits will die Regierung aktuell im Juni Kürzungen im Gesundheitsbereich von insgesamt 16 Milliarden Euro durchbringen. Den Preis dafür zahlen wir über schlechtere Versorgung in Krankenhäusern oder gestrichene



htige Moment!“

dem Namen „Nicht auf unserem Rücken“ ruft eine Kampagne zu Widerstand auf. Startschuss soll eine Aktionswoche gegen Merz und Toni Bernardi im Interview mit Perspektive Online.

Leistungen durch die Krankenkassen. Gleichzeitig pumpt Deutschland weiterhin immer größere Summen in sein Budget für Militärausgaben – allein von 2026 auf 2027 soll der Etat um 24 Milliarden erhöht werden.

Für die erste Juni-Woche ruft ihr zu einer Aktionswoche auf. Warum gerade jetzt?

Melina: Wir spüren, dass langsam aber sicher der Frust und der Wut in Deutschland über die Kürzungen und den Sozialabbau wächst. Das liegt daran, dass vielen gerade die volle Wucht der Kürzungen bewusst wird: Neben den Einschnitten im Gesundheitswesen wurden bereits Angriffe auf Sozialhilfeempfänger:innen beschlossen, zum Beispiel deutlich höhere Sanktionen gegen Arbeitslose. Auch für den Abbau des Achtstundentags will die Regierung im Juni einen Gesetzesentwurf vorlegen. Für viele weitere Bereiche, wie die Renten, die Pflege oder den Bildungsbe- reich sind bereits unzählige Vorstöße von einzelnen Politiker:innen oder

Gremien gemacht worden, da bahnt sich also Weiteres an.

Toni: Die Frage ist ja auch, warum wir länger warten sollten, bis wir aktiv werden? Wir wollen nicht tatenlos zusehen, dass die Regierung eine Attacke nach der nächsten gegen unsere Klasse fährt. Momentan wollen uns die Regierenden noch gegeneinander ausspielen. Denn heute treffen die Kürzungen und der Sozialabbau diejenigen am meisten, die sowieso schon zu kämpfen haben: alleinerziehende Mütter, chronisch Kranke, Arbeitslose, Pflegebedürftige, Menschen mit Behinderungen, Migrant:innen und Geflüchtete. Die Politik setzt darauf, dass Kürzungen gegen einzelne Gruppen von der Mehrheit der Bevölkerung akzeptiert werden – in der Hoffnung, dass die Mehrheit selber keine Einbußen hinnehmen muss. Aber genau das ist falsch und das wollen wir mit unserer Kampagne und der Aktionswoche auch ganz vielen Menschen in Deutschland vermitteln: Die Kürzungen aktuell sind der Anfang des größten Angriffs auf unsere Klasse seit Jahrzehnten und werden die meisten Arbeiter:innen in Deutschland betreffen – also sollten wir auch jetzt alle gemeinsam dagegen protestieren!

2020 und 2022 sind ja größere Protestwellen trotz vieler guter Gründe dafür ausgeblieben. Warum sollte das dieses Mal anders sein und was braucht es dafür?

Toni: Also vorhersagen können wir natürlich nicht, ob dieses Jahr mehr Menschen auf die Straße gehen als zum Beispiel im „heißen Herbst“ 2022. Wir sind aber davon überzeugt, dass wir selbst es in der Hand haben, dazu etwas beizutragen. Gerade hat Melina ja darüber gesprochen, dass immer mehr Menschen frustriert und wütend sind. Der Beliebtheit von Merz in der Bevölkerung können wir fast stündlich beim Sinken zuschauen. Immer weniger Leute sind auch grundsätzlich davon überzeugt, dass der deutsche Staat in ihrem Interesse

agiert. Genau daran wollen wir anknüpfen und es nun auch schaffen, dass mehr Menschen erkennen, dass jetzt der richtige Moment ist, um auf die Straßen zu gehen und zu sagen: Schluss damit, die Krisen und Kriege der Reichen sollen nicht mehr auf unseren Rücken ausgetragen werden!

Melina: Genau, deswegen wollen wir mit der Kampagne auch ganz viele Leute ansprechen, die gerade zuhause sitzen und denken: Was kann ich tun? Unsere Antwort ist: Sich den Aktionen von „Nicht auf unserem Rücken“ anschließen oder sogar eigene Proteste organisieren. Dafür stellen wir zum Beispiel Material und Tipps bereit. Die Aktionswoche stellt dabei nur den Auftakt dar – wir haben uns darauf vorbereitet, unseren Protest auch in den nächsten Monaten auf die Straßen zu tragen. Je mehr wir werden, desto mehr Druck werden wir auf die Regierung aufbauen können und genau davor hat die Regierung auch Angst. Denn das Schlimmste, was Merz und Co. passieren kann ist, wenn mehr und mehr gemeinsamer Widerstand gegen die Aufrüstungs – und Kürzungspolitik sichtbar wird.

Toni: Und dieser Widerstand kann sehr vielfältig aussehen. Eine größere Demo gegen die Kürzungen auf Bundesebene, aber auch lokale Aktionen gegen ganz konkrete Angriffe vor der eigenen Haustür wie zum Beispiel Proteste gegen die Schließungen von Jugendclubs, eine gemeinsame öffentliche Erklärung von Patient:innen und Pflegepersonal einer Klinik, in der die Versorgung wegen fehlender Gelder immer schlechter wird – unserer Kreativität sind keine Grenzen gesetzt. Das Wichtigste ist, dass wir deutlich machen: Die Kürzungen sind ein Angriff auf uns alle und deswegen stehen wir alle zusammen.

In welchem Verhältnis seht ihr euch zu den angekündigten Protesten der Linkspartei und der Gewerkschaften?

Melina: Die Linkspartei hat ja für den Juni zu größeren Protesten aufgeru-

fen und angekündigt, die Montagsproteste neu beleben zu wollen. Das finden wir auf jeden Fall gut und unser Ziel ist, sich an diesen Demos und Kundgebungen auch zu beteiligen. Was uns mit der Linkspartei vereint ist zum Beispiel die klare Haltung gegen die Versuche von faschistischen Kräften, die Unzufriedenheit mit der Regierung für sich zu vereinnahmen. Wir finden auch gut, dass die Linkspartei mittlerweile offen Kritik an der Bundesregierung übt – aber wir haben auch nicht vergessen, dass die Linkspartei mitverantwortlich dafür war, dass vor einem Jahr die milliardenschweren Kriegsausgaben überhaupt erst im Bundesrat beschlossen werden konnten. Gerade deshalb finden wir es wichtig, uns nicht einfach an so eine Organisation anzuhängen – denn wer garantiert denn, dass die Linkspartei nicht wieder umknickt?

Toni: Mit den Gewerkschaften ist es ganz ähnlich. Ich bin sogar selbst Mitglied bei Verdi und fand zum Beispiel auch gut, dass Merz auf dem DGB-Kongress von Gewerkschafter:innen ausgebuht wurde. Aber bis jetzt habe ich von den Gewerkschaften gerade in Bezug auf den Angriff auf den Achtstundentag mehr Worte als Taten gesehen. Und ich befürchte, dass genau das auch so bleiben wird. Zu oft haben die DGB-Gewerkschaftsspitzen in den letzten Jahren bei Tarifverhandlungen bewiesen, dass sie nicht bereit sind, konsequent und länger für die Interessen von uns Arbeiter:innen zu kämpfen.

Als „Nicht auf unserem“ Rücken geht es uns darum, genau die Konsequenz zu zeigen, die die Linkspartei und der DGB vermissen lassen: Es geht eben nicht darum, mal für ein paar Wochen Dampf abzulassen und sich dann mit den immer schlechter werdenden Bedingungen zu arrangieren. Nein, es ist jetzt an der Zeit, dass sich ganz grundlegend etwas in Deutschland verändern muss – und dafür wollen wir sorgen!



Die Kriegstrommeln werden lauter, der Widerstand ebenso

Zum zweiten Mal findet am 15. Juni der Veteranentag mit Veranstaltungen in dutzenden Städten Deutschlands statt. Das Ziel: Wieder eine „Veteranenkultur“ aufbauen. Dies reiht sich klar in die zunehmende Militarisierung und die nationalistische Stimmungsmache in Deutschland ein. Dagegen wächst der Widerstand der Jugend. - Ein Kommentar von Nefisa Mounib.

In Berlin findet die zentrale Festlichkeit statt: Am 21. Juni, also eine Woche nach den bundesweiten Veranstaltungen, organisieren die Bundesregierung und Verteidigungsministerium auf dem Reichstagsgelände eine große Veranstaltung mit Konzerten, Essen und Ständen. Unter anderem wird eine Fotoausstellung von Bryan Adams gezeigt. Dabei handelt es sich um Porträts britischer Veteran:innen, welche in Afghanistan und im Irak eingesetzt wurden, und ihre Narben und Verstümmelungen aufzeigen. Die Botschaft sei laut der Bundeswehr und dem Künstler aber nicht, dass diese Menschen für Kriege um Profite und Einflussphären wortwörtlich zerstückelt wurden, sondern, dass ihnen für den hohen Einsatz Ruhm gilt.

Nazis haben in der Bundeswehr Kontinuität

Mit einer ähnlichen Ignoranz gelingt es der Bundeswehr auch, das offensichtlichste Argument gegen eine Veteranenkultur in Deutschland schlechthin zu beiseite zu wischen. Mit gekonntem Umgehen von Begriffen wie „Faschismus“ oder Hinweisen auf die Rolle der deutschen Armee im Zweiten Weltkrieg findet sich auf der Webseite der Bundeswehr nur die Bemerkung, dass es durchaus „berechtigte Gründe“ gibt, weshalb der Begriff des Veteranen in Deutschland „noch nicht so geläufig“ sei. „Losgelöst davon hat die Bundeswehr ihre eigene Tradition“, heißt es daraufhin unmittelbar.

Dieser geschichtsrevisionistischen Erzählung von neuen Traditionen widerspricht der Fakt, dass große Teile von Hitlers Generalstab mit der Gründung der BRD zu Beratern wurden, die Bundeswehr schließlich nach eigenen Plänen aufbauten, Schlüsselrollen einnahmen, und schlussendlich auch die strategischen Pläne innerhalb der NATO stark beeinflussten. Wie sehr diese Strukturen auf Faschismus fußen, zeigt sich immer wieder, wenn rechte Chatgruppen auffliegen oder Munition entwendet wird. Diese deutlich länger bestehenden Traditionen werden durch

Beschlüsse wie den Veteranentag verschärft. So wird der zunehmende Nationalismus in der deutschen Gesellschaft befeuert.

Deutsche Veteran:innen, die im Auslandseinsatz waren, haben zum Beispiel in Jugoslawien, Afghanistan und Mali gekämpft. Auf der Webseite der Bundeswehr werden die Soldat:innen dafür geehrt, dass sie auf Stabilisierungsmissionen gedient haben. Besonders hervorgehoben werden die 35 deutschen Soldaten, die zwischen 2002-2021 in Afghanistan durch kriegerische Auseinandersetzungen gestorben sind. Im selben Zeitraum wurden über 170.000 Afghan:innen durch den Krieg getötet, weit über 47.000 davon waren Zivilist:innen.

Die Bundeswehr stand dabei keineswegs nur daneben. So war es beispielsweise Georg Klein, Oberst bei der Bundeswehr, der einen Luftangriff bei Kundus befahl, bei dem 120 Zivilist:innen ermordet wurden. Klein sollte dafür genauso wenig Respekt gezollt werden wie den unzähligen Kriegsverbrecher:innen, zum Beispiel den Folter:innen im US-amerikanischen Gefängnis in Bagram und zahlreichen Vergewaltigern innerhalb der Streitkräfte.

Am Ende bleibt ohnehin die Frage, warum die alliierten Kräfte inklusive der Bundeswehr überhaupt vor Ort waren, wenn nun heute die Taliban Afghanistan regiert und Deutschland sogar verdeckte diplomatische Beziehung zu den Taliban aufgenommen haben. Wie so oft bleibt die Antwort die gleiche: In den 20 Jahren haben deutsche Unternehmen un-

schlagbare Profite gemacht. Die altbekannten Großkonzerne haben sich hier mit Rüstung, Infrastruktur und natürlichen Ressourcen die Taschen vollgestopft. Das war es, wofür die Veteranen gefallen sind, nicht für Demokratie, Frauenrechte oder Stabilität.

Bundeswehr sammelt ihr Kanonenfutter ein

Seit nun einigen Jahren ist der kulturelle Wandel in unserer Gesellschaft spürbar. Während Baerbock sich einst vor den Bundestagswahlen damit brüstete, dass mit ihr an der Spitze keine deutschen Waffen in Kriegsgebiete geliefert werden würden, sehen wir nun, dass die Rüstungspakete von Mal zu Mal zunehmen. Selbst die Jüngsten der Gesellschaft sind Besuchen der Bundeswehr in Bildungsinstitutionen und Beitragen zu Waffen in der Sendung mit der Maus ausgesetzt.

Zum einen werden alle mit Militärpropaganda beschallt, welche weismachen will, dass Soldat:in sein ehrenvoll, friedliebend und lukrativ ist, und zum anderen spitzen sich die imperialistischen Machtkämpfe um Einflussphären weiter zu. Wir müssten unsere Nation verteidigen und wieder kriegstüchtig werden.

Der Wille, eine „Veteranenkultur“ zu verstärken, lässt sich zusätzlich in die Entwicklung der Bundeswehr von einer Berufsarmee zu einer Massenarmee einordnen. Während der deutsche Staat ordentlich in globalen Kriegen mitmisch, tut er dies meist mit Sondereinheiten wie dem KSK.

Dies steht nun im Widerspruch zu aktuellen Entwicklungen wie dem Ukraine-Krieg, sich zuspitzenden Verhältnissen im Indopazifik und wieder vermehrtem Einmischen in Westasien. Deutschland macht sich bereit für kriegerische Auseinandersetzungen im Schützengraben. Da dies selbstverständlich für die meisten Arbeiter:innen nicht gerade attraktiv ist, und die Quote der Rekrut:innen weit unter den Erwartungen liegt, muss dies der Bevölkerung schmackhaft gemacht werden. Hier kommen lokale Feste wie zum Veteranentag ins Spiel, welche Karrieren der Bundeswehrosoldat:innen als erstrebenswertes Ideal an Kinder und Jugendliche verkaufen. Auch im restlichen Jahr lässt die Bundeswehr keine Chance aus, ihr Image zu polieren. Neben den Ständen auf Berufsmessen oder Gaming Conventions, besuchten sie vergangenes Jahr beinahe 6.000 Mal Schulen.

Widerstand wächst weiter

Doch besonders Jugendliche wehren sich gegen die Kriegstreiberei, die Wehrpflicht und die Verehrung von Veteran:innen. Bereits letztes Jahr kam es bundesweit zu Protestaktionen. Das Antimilitaristische Aktionsnetzwerk, die Demokratische Jugend YUNA, die Internationale Jugend, das Bündnis Rheinmetall Entwaffnen und sehr viele mehr griffen zu kreativen Mitteln und führten unter anderem Ad-Busting Aktionen oder Die-Ins durch, oder riefen zu Demonstrationen auf. Sie machten durch ihre Praxis greifbar, dass die Rekrut:innen nur für die Interessen der Reichen kämpfen, nicht für Sicherheit oder Wohlstand der Arbeitenden.

Seit den Aktionen im vergangenen Jahr sind nur Gründe hinzugekommen, um gegen den Veteranentag zu stehen. Dem neuen Wehrdienstgesetz wurde zugestimmt, es werden weitere Schritte in Richtung Kriegswirtschaft gegangen, wodurch die Haushaltskürzungen alle Lohnabhängigen treffen, und deutsche Unternehmen profitieren weiterhin durch das Abschlachten von unseren Klassegenoss:innen auf der ganzen Welt.



Mehr Überwachung? Sicher nicht!

Deutschland rüstet weiter auf – auch im Inneren. In den Protesten gegen den Ausbau der Überwachung kommt es vor allem darauf an, den Charakter des Staates offenzulegen. - Ein Kommentar von Mohannad Lamees.

Ein paar Schritte die Beine vertreten, sich in Ruhe umschaun und das Treiben am Kottbusser Tor mitten in Berlin-Kreuzberg beobachten, weil die U-Bahn zu spät kommt? Ob das tatsächlich so ungefährlich und harmlos ist, wie es klingt, entscheidet ab Juli eine Künstliche Intelligenz. Mit der umfassenden Ausweitung der Befugnisse für die Berliner Polizei Ende 2025 hat das Berliner Abgeordnetenhaus dafür den Grundstein gelegt. Die KI-gestützte Videoüberwachung soll auffälliges, auf kriminelle Absichten hindeutendes Verhalten erkennen und dadurch Straftaten verhindern, noch bevor sie überhaupt begangen werden. Dass dabei die Bewegungsmuster, Gangarten und Gesichtszüge von täglich zehntausenden Menschen erfasst und gespeichert werden, ist für die Berliner Polizei zweitrangig.

Die Einführung von Verhaltensscannern wie in Berlin oder Hamburg ist jedoch nur ein Teil des aktuellen Ausbaus staatlicher Überwachung. In Baden-Württemberg schrieb der neu gewählte grüne Ministerpräsident Cem Özdemir im Koalitionsvertrag fest, dass Kameras im Ländle künftig nicht nur Verhalten analysieren, sondern gleichzeitig auch Gesichter vermessen und erkennen können sollen. Seit den Polizeigesetzänderungen in NRW, Bayern und Hessen werden dort außerdem automatisierte Datenanalysen mit Software des Unternehmens Palantir Technologies eingesetzt. Auch auf Bundesebene wird derzeit an weiteren Gesetzesverschärfungen gearbeitet: Ende April beschloss das Bundeskabinett ein weitreichendes Überwachungspaket und erlaubte damit KI-gestützte Gesichtserkennung sowie automatisierte Datenanalyse auf Bundesebene.

In Aktion treten

Angesichts immer neuer Maßnahmen und des anhaltenden Drangs von Staat und Polizei zum Ausbau der Überwachung entsteht schnell das Gefühl, dass wir längst in einer Welt leben, die vor einigen Jahren noch als dystopische Science-Fiction beschrieben wurde.

Das bedeutet jedoch nicht, dass sich uns nicht weiterhin Möglichkeiten bieten, genau dagegen Widerstand zu leisten. Wie viel Potenzial darin steckt, zeigt ein Blick in die Geschichte. Deutschland ist ein Datenschutzland, und mit den Themen

Privatsphäre und Überwachung ließen sich in den vergangenen Jahrzehnten immer wieder zehntausende Menschen zu großen Protestwellen mobilisieren.

Zwischen 2007 und 2016 gelang es dem breiten Aktionsbündnis „Freiheit statt Angst“ beispielsweise, jährlich große Demonstrationen zu organi-

Menschen für eine offene und freie Gesellschaft auf die Straßen Berlins mobilisierte.

Und auch heute bleiben Gesetzesverschärfungen und KI-Überwachung nicht unwidersprochen. Aktuell ruft das Netzwerk „Sicherheit ohne Überwachung“ zu einer Demonstration gegen die digitale Aufrüstung der

rechts- und Datenschutzorganisationen gleichgültig ist. „Ich habe nichts zu verbergen“ – das ist eine der häufigsten Erklärungen derjenigen, denen nicht bewusst ist, wie sehr KI-Gesichtserkennung und automatisierte Datenanalyse schon heute auch ihr eigenes Leben betreffen. Das neueste Gesetzespaket stellt nicht einfach nur eine kleine Arbeitserleichterung für Sicherheitsbehörden bei der Verfolgung von Terrorist:innen dar, sondern einen Angriff auf unsere gesamte Klasse.

Der Staat hat im Kapitalismus schließlich keine andere grundlegende Aufgabe als die Absicherung der Herrschaft der Kapitalist:innen über die Mehrheit der Bevölkerung. Der Überwachungsstaat ist ein Klassenstaat. Genau aus diesem Grund arbeitet der Staat nicht an einem Ausbau präziser Überwachung von Finanzgeschäften und Korruption, um beispielsweise den nächsten Cum-Ex-Skandal durch KI-gestützte Analysen des Verhaltens von Politiker:innen, Manager:innen und Banker:innen verhindern zu können. Nein, die Überwachung richtet sich gegen die Feinde der kapitalistischen Ordnung. Mit anderen Worten: Jedes Überwachungsinstrument in staatlicher Hand kann und wird gegen all diejenigen eingesetzt werden, die die Herrschaft der Kapitalist:innen infrage stellen. Und das sind bei weitem nicht nur Terrorist:innen oder Straftäter:innen, sondern alle, die ein objektives Interesse daran haben, die Ausbeutung durch die Kapitalist:innen zu beenden.

Sich bewusst zu machen, dass der Ausbau des Überwachungsstaates kein neutraler technischer Fortschritt, sondern ein politisches Machtinstrument ist, bleibt deshalb entscheidend. Wer heute schweigt, weil die Kameras angeblich nur „die Anderen“ treffen, wird morgen feststellen, dass jede Form von Widerstand, Streik, Protest oder gesellschaftlicher Organisation unter Generalverdacht geraten kann. Der Kampf gegen Überwachung ist deshalb nicht nur ein Kampf um Datenschutz, sondern um demokratische Rechte, politische Freiheit und die Möglichkeit, sich überhaupt noch kollektiv gegen Ungerechtigkeit zu wehren. Gerade in Zeiten von Krise, sozialer Spaltung und faschistischem Aufstieg darf die Antwort nicht mehr Kontrolle und Repression heißen, sondern Solidarität und gemeinsamer Widerstand von unten.

sieren. Im Mittelpunkt stand damals die Forderung, staatliche Überwachung zurückzubauen. Besonders umstritten waren in den 2000er- und 2010er-Jahren vor allem die sogenannte Online-Durchsuchung – also der heimliche Eingriff staatlicher Behörden in informationstechnische Systeme – sowie die Vorratsdatenspeicherung. In dem Bündnis arbeiteten Grüne, Linke, Verdi und ein katholischer Jugendverband ebenso wie Attac, die Rote Hilfe und der Chaos Computer Club. Unter dem Motto „Freiheit statt Angst“ beteiligten sich zeitweise bis zu 100.000 Menschen an zentralen Demonstrationen in Berlin. Zehn Jahre später ging das Bündnis im größeren „Unteilbar“-Bündnis auf, das wiederum rund 240.000

Polizei in Berlin auf. „Die Regierungskoalition“, heißt es in einer Erklärung des Netzwerks, „schleift die letzten Reste rechtsstaatlicher Garantien und die Einhegung des Sicherheitsapparates.“ Auch eine Verbindung zum Aufstieg des Faschismus in Deutschland ziehen die Überwachungsgegner:innen: „Parallel feiert die AfD eifrig Wahlerfolge und kann sich auf die schlüsselfertige Übergabe eines mit allen nötigen Kompetenzen ausgestatteten Polizeistaates freuen.“

Revolutionäre Perspektiven entwickeln

Es gibt zahlreiche Menschen, denen der Ausbau der Überwachung trotz aller Warnungen von Menschen-

WM 2026: Fußball für Konzerne und reaktionäre Staaten

Die nächste Fußball-WM der Männer steht vor der Tür. Und wie fast immer bei großen Turnieren gilt: Nächste WM, nächste Regierung, die Menschenrechte eher als Hindernis betrachtet und Konzerne, die davon profitieren. – Ein Kommentar von Max Funk.

Nach Russland 2018 und Katar 2022 findet das größte Sportevent der Welt diesmal in Nordamerika, jedoch hauptsächlich den USA statt. Die FIFA verkauft das Ganze natürlich trotzdem als „Fest der Völkerverständigung“. „Football unites the world“ – außer Menschen ohne Geld oder Aufenthaltsstatus. Unpolitisch war Fußball noch nie. Gerade Weltmeisterschaften waren immer auch Prestigeprojekte für Staaten, Konzerne und Kapitalist:innen. Die FIFA und ihre Verbündeten inszeniert sich dabei gerne als Vertreterin von Offenheit, Vielfalt und internationaler Verständigung – Werte, die in der Realität vor allem mit Vermarktung, Standortpolitik und den Interessen großer Konzerne verbunden sind.

Selbst diesem heuchlerischen Anspruch unterläuft die FIFA regelmäßig bei der Vergabe ihrer Turniere. Katar inszenierte sich 2022 trotz brutaler Ausbeutung migrantischer Arbeiter:innen als „weltoffener“ Gastgeber. Ähnlich sieht es bei vergangenen und zukünftigen Austragungsorten aus. Die FIFA behauptet zwar regelmäßig, Sport und Politik zu trennen, trifft aber ständig politische Entscheidungen – im Sinne der Profitabilität.

Katastrophe für Menschenrechte

Besonders deutlich wird das am Verhalten von FIFA-Präsident Gianni Infantino. Er wirkt inzwischen weniger wie ein Sportfunktionär als viel-



mehr wie der Influencer reaktionärer Staatschefs. Mit Donald Trump verteilt die FIFA plötzlich einen „Friedenspreis“ an genau den Mann, dessen Regierung Abschiebungen verschärft, Grenzen militarisiert und offen nationalistische Politik betreibt. Menschenrechtsorganisationen wie Human Rights Watch warnen deshalb schon jetzt vor einer möglichen „Katastrophe“ rund um die WM.

Im Mittelpunkt der Kritik steht dabei die US-Einwanderungsbehörde ICE. Sie ist für viele US-Bürger:innen und Migrant:innen eine permanente Bedrohung. Rassistische Kontrollen, Abschiebungen bis hin zu Morden durch ICE-Agent:innen sind dort Alltag. Human Rights Watch kritisiert, dass die FIFA keinerlei ernsthafte Strategie vorgelegt hat, wie Fans, Journalist:innen und migrantische Communities geschützt werden sollen. Und genau darin liegt die politische Realität dieser WM. Während die FIFA von Vielfalt und Weltoffenheit spricht, könnte ein Teil der Menschen faktisch ausgeschlossen werden.

Nicht offiziell natürlich. Niemand wird sagen: „Migranten unerwünscht.“ Stattdessen funktioniert es über Kontrollen, Überwachung und Angst. Fußball für alle – solange du Geld, Papiere und den richtigen Pass besitzt.

(Un-)politischer Luxus

Dabei geht es nicht nur um die USA. Die FIFA will bei ihren Turnieren eine sterile, komplett kontrollierte Veranstaltung ohne Proteste. Politische Botschaften sind oft nur erlaubt, wenn sie zu den Interessen der Regierungen passen, die FIFA und Sponsoren aktuell hofieren und als Partner präsentieren. Diese Strategie zieht sich seit Jahren durch den internationalen Fußball. Die FIFA spricht von Neutralität, meint aber in Wahrheit eigene wirtschaftliche Interessen und das Image der Austragungsländer.

Gleichzeitig wird die WM immer unbezahlbarer. Tickets, Hotels und Reisen kosten Summen, die sich Arbeiter:innen kaum leisten können. Fußball, wird zunehmend zum Lu-

xusprodukt für Sponsor:innen, Tourist:innen und VIPs. Städte werden für Milliarden umgebaut, während gleichzeitig soziale Programme gekürzt werden. Konzerne wie Adidas, Coca-Cola oder Visa verdienen prächtig – die Kosten dafür muss die Arbeiter:innenklasse in Kauf nehmen.

Sozialabbau in schwarz-rot-gold

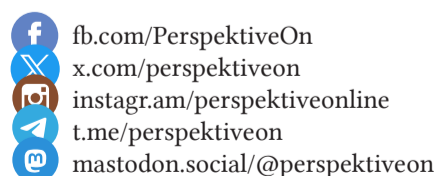
Und natürlich funktioniert die WM auch als gigantische Ablenkungsmaschine. Vier Wochen Fahnen, Nationalhymnen und Dauerberichterstattung, während Regierungen weltweit Angriffe auf soziale Rechte vorbereiten. Gesundheitsreform und Rentenreform winkt der Bundestag dann zwischen Viertel- und Halbfinale durch. Vielleicht scheidet Deutschland diesmal wieder früh aus. Das hätte zumindest den Vorteil, dass über einen kürzeren Zeitraum über verletzte Außenverteidiger gesprochen wird und stattdessen die Streichung des Achtstundentages thematisiert wird.

Trotzdem lieben Millionen Menschen Fußball, gerade weil der Sport Menschen verbinden kann. Aber er würde das noch viel stärker tun, wenn nicht die FIFA, Konzerne und rechte Staatschefs darüber bestimmen würden, wie dieser Sport aussieht, sondern die Menschen, die Woche für Woche auf den Plätzen, Rängen und Straßen seine eigentliche Kultur und seinen gesellschaftlichen Wert tragen.

PERSPEKTIVE » ONLINE

Unabhängiger Journalismus von unten: Mehrfach täglich objektive Nachrichten und revolutionäre Kommentare.

<https://perspektive-online.net>



V.i.S.d.P.:
Verein für politische Bildung und unabhängigen Journalismus e.V.
Homarstraße 64
51107 Köln

PERSPEKTIVE » MOBIL

Für tägliche Nachrichten direkt auf dein Handy:

Kanalname bei **WhatsApp**:
Perspektive Online Newsletter

Unserem WhatsApp Kanal beitreten:
<https://whatsapp.com/channel/0029VaASVPM2P59uL22LIK2N>

Kanalname bei **Telegram**:
Perspektive Online

Unserem Telegram Kanal beitreten:
<https://t.me/perspektiveon>

PERSPEKTIVE » APP

Perspektive jederzeit griffbereit auf deinem Handy-Desktop und mit Pushnachrichten:

Einfach die **Perspektive-App** über den Playstore downloaden oder die APK direkt von unserer Homepage herunterladen und installieren:

<https://perspektive-online.net/app>



MITMACHEN & UNTERSTÜTZEN

Um unser Projekt dauerhaft realisieren zu können, sind wir auf die Unterstützung Vieler angewiesen.:

- **Abonniere** die Printausgabe von „Perspektive“:
<https://perspektive-online.net/printabo>
- **Werde Mitglied** im „Verein für politische Bildung und unabhängigen Journalismus e.V.“:
<https://perspektive-online.net/verein>
- **Unterstütze uns** mit einer Spende:
<https://perspektive-online.net/spenden>